

Frau Staatsministerin
für Europaangelegenheiten
und regionale Beziehungen
Dr. Beate Merk, MdL
Bayerische Staatskanzlei
Franz-Josef-Strauß-Ring 1

80539 München

26.06.2014

Resolution zum beabsichtigten Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschafts-Abkommen (TTIP)

Sehr geehrte Frau Staatsministerin,

der Stadtrat der Stadt Fürth ist äußerst besorgt, dass das beabsichtigte Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschafts-Handelsabkommen sehr negative Auswirkungen auf die kommunale Daseinsvorsorge haben wird. In seiner Sitzung am 25.06.2014 hat daher der Stadtrat folgende Resolution gefasst:

„Der Stadtrat Fürth appelliert an die Europaministerin, sich dafür einzusetzen, dass in das TTIP-Abkommen sektorspezifische Ausnahmeregelungen für die gesamte kommunale Daseinsvorsorge, insbesondere die Wasserversorgung und die Abwasserversorgung, aufgenommen werden. Es sollte festgestellt werden, dass jeder Mitgliedsstaat auf der Grundlage des Vertrags von Lissabon die Daseinsvorsorge selbst definiert. Der Investitionsschutz zwischen Staaten mit einem funktionierenden Rechtssystem wird ebenso abgelehnt wie Schiedsgerichte zur Beilegung von Investor-Staat-Streitigkeiten anstelle der nationalen Gerichtsbarkeit.“

Sehr geehrte Frau Staatsministerin,

wir bitten Sie, die berechtigten Sorgen ernst zu nehmen und sich mit aller Kraft dafür einzusetzen, dass die kommunale Daseinsvorsorge von TTIP nicht tangiert werden wird.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Thomas Jung
Oberbürgermeister